

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Dr. Stephan Oetzing

Abg. Benjamin Nolte

Abg. Verena Osgyan

Abg. Katja Weitzel

Abg. Prof. Dr. Michael Piazzolo

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich die Tagesordnungspunkte 8 und 9 auf:

Antrag der Abgeordneten

Robert Brannekämper, Prof. Dr. Winfried Bausback, Franc Dierl u. a. (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Prof. Dr. Michael Piazzolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Antisemitismus bekämpfen I: Unterstützung der Beauftragten, Lehrstuhl für Israel-Studien (Drs. 19/7089)

und

Antrag der Abgeordneten

Robert Brannekämper, Prof. Dr. Winfried Bausback, Franc Dierl u. a. (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Prof. Dr. Michael Piazzolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Antisemitismus bekämpfen II: Wissenschaftliche Zusammenarbeit und Studierendenaustausch intensivieren! (Drs. 19/7090)

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist für die CSU-Fraktion Herr Kollege Dr. Stephan Oetzingen. Bitte schön.

Dr. Stephan Oetzingen (CSU): Verehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen, werte Kollegen! Der 7. Oktober 2023 war eine tiefe Zäsur. Es war nicht nur der größte Massenmord an Jüdinnen und Juden seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Dieser Tag hat auch das Leben der jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger in Deutschland und in Europa verändert.

Allein wenn wir die Berichtslage seitens RIAS betrachten, sehen wir eine deutliche Zunahme von antisemitischen Äußerungen und Vorfällen seit Oktober 2023. Im Jahr 2024 hat sich die Zahl der körperlichen Angriffe und Sachbeschädigungen im

Vergleich zum Vorjahr mehr als verdoppelt. Die Fälle des israelbezogenen Antisemitismus vervierfachten sich in diesem Zeitraum.

Von Mai bis November 2024 war am Professor-Huber-Platz in München direkt vor der LMU ein Protestcamp aufgebaut, wobei es sich um das am längsten laufende Protestcamp in Deutschland handelte. Seit Ende dieses Camps verzeichnen wir zunehmend Fälle von Sachbeschädigungen in Form von Graffiti. Zudem hat die Bewegung, die dieses Camp initiiert hatte, versucht, in anderen Kontexten Demonstrationen zu instrumentalisieren und für ihre Zwecke zu vereinnahmen. Erst in der vergangenen Woche wandte sich der Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung gegen Antisemitismus Dr. Ludwig Spaenle gegen eine Hetzkampagne gegen den Münchner Wissenschaftler Prof. Dr. Guy Katz.

Alle diese Fälle zeigen, dass auch nach der Befreiung der Geiseln und dem Beginn des Waffenstillstands in Gaza die Bedrohung jüdischen Lebens und jüdischer Einrichtungen in Deutschland kein Ende gefunden hat. Die Berichte, die wir hier im Hohen Haus gehört haben, geben ebenfalls Anlass zur Sorge. Sowohl der Austausch im Rahmen einer fraktionsoffenen Sitzung unserer Fraktion im September 2024 und die gemeinsame Anhörung im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst haben gezeigt, dass sich jüdische Studenten und Wissenschaftler verbalen Anfeindungen ausgesetzt sehen, und jüdische Studenten haben wörtlich davon gesprochen, dass sie sich bedroht fühlen.

Zudem wurde eine gefährliche Allianz zwischen linksextremen, islamischen und in Teilen postkolonialen Strömungen offenbar, die antisemitische Ressentiments schüren. Das ist ein absolut inakzeptabler Zustand; denn, liebe Kolleginnen und Kollegen, jüdisches Leben darf in unserem Land nicht von Anfeindungen, Hass und Angst bedroht sein.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Uns als CSU-Landtagsfraktion und unserem Koalitionspartner ist es deshalb ein wichtiges Anliegen, dass gerade hier entschlossen gehandelt wird. Wir begrüßen daher ausdrücklich die bereits an unseren Universitäten und Hochschulen gemeinsam mit dem Wissenschaftsministerium und Staatsminister Markus Blume initiierten Maßnahmen, insbesondere auch die Einrichtung von Beauftragten gegen Antisemitismus an unseren Hochschulen. Wir gehen aber noch weiter und haben als CSU-Fraktion bereits im April letzten Jahres explizit eine Erweiterung des Ordnungsrechts, eine Erweiterung des Instrumentariums von Hochschulen gefordert, wenn es um den Kampf gegen Antisemitismus geht. Insbesondere auch die Ultima Ratio, die Exmatrikulation, soll hier explizit als Möglichkeit im Hochschulrecht verortet werden, was wir im Rahmen der Novelle des Hochschulinnovationsgesetzes mit auf den Weg bringen wollen.

Hier muss die klare Linie gelten, dass an unseren bayerischen Hochschulen und Universitäten eine Nulltoleranz gegen Antisemitismus besteht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Mit den von uns als Regierungsfractionen eingebrachten Anträgen wollen wir im Wesentlichen zwei zentrale Dinge erreichen:

Zum Ersten wollen wir mit einem Berichtsantrag einen Bericht darüber erhalten, wie wir das Beauftragtenwesen gegen Antisemitismus durch Schulungen noch verbessern können, wie die Zusammenarbeit zwischen den Beauftragten und der Polizei und der Justiz hier optimal gewährleistet werden kann. Wir wollen in diesem Bereich auch einen Lehrstuhl ergänzend zum Lehrstuhl für jüdische Geschichte und dem Zentrum für jüdische Studien in München bekommen, der sich den Israelstudien widmet, ein Desiderat in der Forschung, wie auch Prof. Michael Brenner im Gespräch betont, eine ideale Abrundung des wissenschaftlichen Angebots hier in München, am Sitz der Europäischen Rabbinerkonferenz.

Mit dem zweiten Antrag wollen wir uns klar zu den guten Beziehungen bayerischer Hochschulen und Universitäten zu Wissenschaftseinrichtungen in Israel bekennen. Die Pflege und der Ausbau der verschiedenen Kontakte im Bereich der Wissenschaft ist auch deshalb wichtig, weil Israel als Wissenschaftsstandort viel für unsere Wissenschaftler, aber auch für Studentinnen und Studenten aus Bayern zu bieten hat. Hier sind insbesondere die Programme der beiden Münchner Exzellenzuniversitäten, der LMU und der TU, zu nennen. Gerade weil wir in diesem Jahr auch die 60 Jahre bestehenden Beziehungen auf diplomatischer Ebene zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staat Israel feiern können, ist es meines Erachtens ein wichtiges Zeichen, dass wir diese Beziehungen weiter ausbauen und intensivieren wollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit unseren Anträgen machen wir deutlich, dass wir als Freistaat und auch als Wissenschaftsstandort fest an der Seite Israels stehen. Wir bekennen uns mit diesen Anträgen zu unserer engen bayerischen Partnerschaft mit Israel und zur bayerisch-israelischen Freundschaft. Ich darf Sie ganz herzlich um Ihre Zustimmung zu unseren Anträgen bitten. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Als nächstem Redner erteile ich dem Abgeordneten Benjamin Nolte für die AfD-Fraktion das Wort.

Benjamin Nolte (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kollegen! Was haben wir hier vorliegen? – Es sind zwei Berichtsanträge.

Im ersten Antrag wollen die Regierungsfaktionen von der Staatsregierung Folgendes wissen: Welche Aus- und Fortbildungsangebote für die Antisemitismusbeauftragten an den bayerischen Hochschulen bereitstehen, an wie vielen Hochschulen in Bayern der Beauftragte gegen Antisemitismus identisch ist mit dem Antidiskriminierungsbeauftragten, wie mit Blick auf die Hochschulautonomie sichergestellt wird, dass antisemitische Vorfälle an allen Hochschulen gleichermaßen zur Anzeige gebracht werden, wenn ein hinreichender Anfangsverdacht vorliegt, wie das Staatsministerium für Wissenschaft

und Kunst eine Vernetzung der Beauftragten gegen Antisemitismus mit Polizei und Justiz einerseits und mit den Antisemitismusbeauftragten der Staatsregierung andererseits sicherstellt, und zu guter Letzt, wie im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel unter Beachtung der Hochschulautonomie an der LMU München eine Professur für Israelstudien errichtet werden kann.

Im zweiten Berichtsantrag geht es um die Fragen, welche Hochschulen in Bayern bereits einen Austausch

(Toni Schuberl (GRÜNE): Wir kennen die Anträge!)

von Wissenschaftlern und Studenten mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Israel pflegen und durch welche konkreten Maßnahmen und auf welchen Feldern der wissenschaftliche Austausch und der Studentenaustausch im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel weiter unterstützt werden könnten.

Wir haben es hier also trotz der reißerischen Titel mit zwei völlig banalen Berichtsanträgen zu tun. Wenn man sich jetzt noch vor Augen führt, dass diese beiden Berichtsanträge im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst einstimmig angenommen wurden, fragt man sich erst recht, was diese Anträge hier im Plenum überhaupt noch zu suchen haben. Fazit: Viel Lärm um nichts.

(Beifall bei der AfD)

Gute Nachricht für Sie: Wir bleiben bei unserer Meinung und werden den Anträgen auch hier zustimmen und freuen uns auf die Berichte. Ich danke Ihnen für die geschätzte Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächste Rednerin ist die Kollegin Verena Osgyan für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

Verena Osgyan (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Mein Vorredner, Herr Oetzing, hat es richtig gesagt: Seit dem 7. Oktober 2023, dem brutalen Angriff der Hamas auf israelische Bürgerinnen und Bürger, ist die Welt eine andere, und eben nicht nur im Nahen Osten, sondern auch bei uns. Auch wenn der Waffenstillstand in Gaza jetzt leise, sehr leise Hoffnung auf Entspannung weckt, bleibt festzuhalten: Der Antisemitismus ist in den letzten Jahren beängstigend angestiegen. Ob sich dieser Geist wieder einfangen lässt, ist ungewiss.

Als demokratische Fraktionen im Bayerischen Landtag dürfen wir nichts unversucht lassen, Haltung zu zeigen. Die im letzten Jahr verabschiedete gemeinsame Resolution "Solidarität mit Israel – jüdisches Leben in Bayern stärken" ist unser Auftrag, alle nötigen politischen Maßnahmen zu ergreifen. Mein Dank gilt hier insbesondere auch meiner Fraktionsvorsitzenden Katharina Schulze, die maßgeblich für uns daran mitgearbeitet hat. Dieser Auftrag betrifft eben auch unsere Hochschulen; denn sie sind ein Spiegel der Gesellschaft und keine Ausnahme. Antisemitische Schmierereien, Bedrohungen auf dem Campus, Studierende, die ihre Identität verbergen oder die Hochschule aus Angst verlassen wollen – die jüngste Umfrage der Jüdischen Studierendenunion zeigt erschreckend, wie weit verbreitet Antisemitismus an Hochschulen ist.

Wir GRÜNE haben deshalb den Aktionsplan gegen Antisemitismus an Hochschulen, den die Staatsregierung im letzten Jahr auf den Weg gebracht hat, ausdrücklich begrüßt und eine eigene Anhörung dazu initiiert. Es steht außer Frage: Der Zunahme antisemitischer Vorfälle müssen wir entschieden entgegentreten. Die Einführung von Antisemitismusbeauftragten an allen Hochschulen war ein richtiger und wichtiger Schritt. Natürlich ist jetzt, ein Jahr später, die Zeit, zu überprüfen, ob diese Maßnahmen wirken.

Auch die Wissenschaft selbst muss Haltung zeigen. In einer Zeit, in der Universitäten in anderen europäischen Ländern teilweise wissenschaftliche Kontakte zu Israel abbrechen, sagen wir klar: Das ist der falsche Weg, wir brauchen mehr, nicht weniger

Austausch. Die Initiative zu zusätzlichen Austauschprogrammen und die Einrichtung einer Professur für Israelstudien unterstützen wir ausdrücklich, natürlich immer im Rahmen der Hochschulautonomie. Denkbar wäre auch, die Professur vielleicht sogar thematisch breiter auf die ganze Region auszurichten; denn die jüngste Eskalation im Nahen Osten zeigt, wie weit wir Expertise über die ganze Region brauchen. Aber das ist dann auch den Hochschulen anheimgestellt, die das vielleicht auch noch entsprechend ausformulieren und beantragen können.

Wir werden die weiteren Schritte im Maßnahmenkatalog aufmerksam und gegebenenfalls kritisch begleiten, etwa die geplanten Exmatrikulationsmöglichkeiten, die klaren und engen Kriterien folgen müssen. Das werden wir prüfen, wenn der Vorschlag auf dem Tisch liegt. Auch ein genauerer Blick auf die Bedrohungslage ist überfällig.

Trotz dieser Vorbehalte teilen wir die Ziele der beiden vorliegenden Anträge natürlich und werden ihnen zustimmen. Ich muss aber wie im Ausschuss eine leise Kritik an der Begründung äußern. Darin ist von einer Allianz zwischen linksextremen, islamistischen und postkolonialen Strömungen die Rede. Es ist wahr: Wir müssen alle Formen des Antisemitismus vorbehaltlos in den Blick nehmen, aber dass dort der altbekannte rechtsextreme Antisemitismus nicht aufgeführt wird, halte ich an der Stelle für eine Unterlassung. Wenn wir jetzt pauschal alle Postcolonial Studies des Antisemitismus zeitigen, dann ist das aus meiner Sicht auch ein Fehler. Es gibt zwar Vertreterinnen und Vertreter dieser Denkrichtung, die sich missverständlich bis absolut problematisch und schlimmer äußern; es ist aber auch schlecht, wenn wir ein ganzes Forschungsfeld pauschal diskreditieren. In Bayern existieren da sehr renommierte Forschungseinrichtungen, zum Beispiel der Exzellenzcluster "Africa Multiple" in Bayreuth, und der kann ja wohl wirklich nicht gemeint sein.

Die Wahrheit ist, Antisemitismus ist ein gesamtgesellschaftliches Problem. Wenn wir ihn bekämpfen wollen, müssen wir das überall tun, nicht nur an Hochschulen. Wir brauchen Anlaufstellen für Betroffene, auch außerhalb des akademischen Bereichs. Wir brauchen natürlich Maßnahmen in Schulen und gut ausgebildete Fachkräfte in der

Jugendarbeit. In diesem Bereich erwarte ich schon noch mehr Engagement vonseiten der Staatsregierung. Genau darüber haben wir diskutiert. Antisemitische Stereotype und Narrative in Schulen zu untersuchen und wirksam zu bekämpfen, ist keine Kür, sondern Pflicht. Wir haben noch nicht genügend Erkenntnisse. Wir haben gerade gehört, es würden Maßnahmen in diesem Bereich erarbeitet. Wenn Sie sagen, das sei auf einem guten Weg, wäre es jetzt auch an der Zeit, dem Landtag darüber zu berichten, um gemeinsam diskutieren zu können.

Zeigen wir also gemeinsam echte Haltung, bekämpfen wir Antisemitismus als das, was er ist, ein tief verankertes gesellschaftliches Phänomen, –

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist vorüber.

Verena Osgyan (GRÜNE): – für das es keine einfachen Lösungen gibt, aber viele gute Ansätze.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Als nächster Rednerin erteile ich Frau Kollegin Katja Weitzel für die SPD-Fraktion das Wort.

Katja Weitzel (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich gleich zu Beginn eines klarstellen: Wir stimmen diesen beiden Anträgen selbstverständlich in vollem Umfang zu. Antisemitismus zu bekämpfen, unsere Hochschulen zu stärken und die Zusammenarbeit mit Israel auszubauen, ist eine Selbstverständlichkeit und richtig. Das sollte für alle demokratischen Fraktionen und Parteien ein wichtiges Anliegen sein.

Meine Damen und Herren, die Anträge sind aber auch wieder ein Paradebeispiel für ein Phänomen im Hohen Haus: Oppositionsarbeit ist ein kostenloser Bären dienst für eine ideenlose Regierung. Wir sehen nämlich keine wirklich neuen politischen Ideen in diesen beiden Anträgen. Wir sehen eine politisch entschärfte Übernahme und Umformulierung von Vorschlägen, die die SPD-Fraktion schon im November 2024 in einem

Dringlichkeitsantrag mit dem Titel "Umsetzung einer nachhaltigen Strategie gegen Antisemitismus an den bayerischen Hochschulen" eingebracht hat. Damals wurde die Ablehnung unseres Antrages von den Regierungsfractionen im Wissenschaftsausschuss noch sehr selbstbewusst begründet. Das ginge wegen der Hochschulautonomie nicht, man brauche noch etwas mehr Zeit, um die Lage genauer zu prüfen, und, mein persönlicher Favorit, hierzulande sei die Situation bei Weitem noch nicht so schlimm wie in anderen Bundesländern. Gemeint damit war wahrscheinlich Berlin. Offenbar hat die Zeit zum Prüfen jetzt gereicht, um sieben Monate später die Kernideen unseres damaligen SPD-Antrags in leicht anderer Verpackung einzutüten.

Ich möchte keine böswilligen Unterstellungen machen und nicht falsch verstanden werden. Es handelt sich bei den beiden Anträgen nicht um ein billiges Plagiat. Das zu behaupten, wäre auch unfair. Aber wenn man die drei Anträge nebeneinanderlegt, dann zeigt sich deutlich: Der inhaltliche Kern stammt aus einer sozialdemokratischen Feder. Die drei zentralen Punkte sind die gleichen: Antisemitismusbeauftragte stärken, Zusammenarbeit mit Israel fördern, Forschung und Wissenschaft im Kampf gegen Antisemitismus ausbauen.

Aber kommen wir von diesen Spitzfindigkeiten zu einem konkreten Kritikpunkt, den wir bei dieser ganzen Antragsreihe haben. Es fehlt ein entscheidender Punkt, nämlich die Frage und der Ausblick der Finanzierung. Meine Damen und Herren, das war übrigens eine Hauptforderung in der Anhörung vom 23. Oktober 2024. Das sagen nicht nur wir als Opposition, sondern fast alle anwesenden geladenen Experten. Ohne zusätzliche Mittel, ohne Personal, ohne strukturelle Förderung bleibt das Ganze eine Absichtserklärung.

Damit sind wir beim sprichwörtlichen Elefanten im Raum: Im Antrag steht, man wolle wissen, welche Aus- und Fortbildungsangebote für Antisemitismusbeauftragte bestehen. Das impliziert auch ein bisschen die Absicht eines zukünftigen Investments in die Ausbildung. Aber die entscheidende Frage bleibt unbeantwortet: Wie sollen die Antisemitismusbeauftragten das alles ohne weitere finanzielle Hinterlegungen, mehr

Personal und mehr Zeit eigentlich umsetzen? – Das ist unsere Kritik an diesem Antrag.

Wie schon gesagt, werden wir dem Antrag auf jeden Fall zustimmen. Das haben wir im Ausschuss auch schon getan, weil wir das für das Richtige halten. Aber wir finden nach wie vor, diese ganzen Berichte, die jetzt gegeben werden, auf die wir alle sehr gespannt warten und die wir uns genau ansehen werden, können nur der Anfang sein. Die Frage bleibt: Wie gedenkt die Staatsregierung, das auch mit finanziellen Mitteln zu hinterlegen, damit die Antisemitismusbeauftragten ihrer Aufgabe, die wichtig und richtig ist, auch vollumfänglich nachkommen können?

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht –

(Martin Wagle (CSU): Einen Redner gibt es noch!)

– Entschuldigung, Herr Kollege. – Ich erteile Herrn Kollegen Prof. Dr. Michael Piazolo das Wort.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Das war jetzt die Retourkutsche für den positiven Bürgerentscheid zur Münchner Olympiabewerbung!)

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): – Ich glaube nicht, dass wir das darauf zurückführen können, sondern es drückt, wie ich glaube, den Willen aus, die spät-abendliche Sitzung etwas zu beschleunigen.

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Diesen Willen will ich unterstützen und deshalb nur ein paar wenige Bemerkungen machen.

Die erste Bemerkung ist eine kleine Replik auf das, was Frau Weitzel gerade gesagt hat. Opposition ist nicht kostenlos in diesem Land. Opposition kostet Geld, wie wir hier sehen. Ich halte das auch für richtig.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU und der SPD – Beifall des Abgeordneten Felix Locke (FREIE WÄHLER) – Anna Rasehorn (SPD): Qualität hat ihren Preis!)

– Jaja, vorhin war nur fälschlicherweise von kostenloser Oppositionsarbeit die Rede. Aber wir zahlen sie, wir zahlen sie auch gerne, wenn auch nicht im Übermaß. Das muss auch nicht sein.

Zweite Bemerkung: Die Regierung ist auch nicht ideenlos, sondern wir haben in den letzten Jahren viele Ideen gezeigt. Es gibt natürlich einen deutlichen Unterschied der beiden Anträge. Ich hatte das auch schon im Ausschuss erläutert. Jetzt geht es darum, die Sachlage zu klären, die auf die Anhörung und auf vieles, was wir gehört haben, zurückgeht. Deshalb haben wir diese Berichtsanträge gestellt. Der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst will wissen, wie aktuell vor Ort gearbeitet wird und was die Regierung plant, um anschließend als Regierungsfraktionen die richtigen Schlüsse ziehen zu können. Wir bedanken uns auch bei der Opposition für das hoffentlich einstimmige Votum. Ich entnehme der Diskussion, dass es dabei bleibt.

Letzte Bemerkung: Ich kann mich den Vorrednern nur anschließen. Antisemitismus, den wir auch hier in Bayern erleben – es geht mir nicht darum, zwischen den Bundesländern abzustufen – und den wir zum Teil auch an den Hochschulen erlebt haben, ist ein No-Go.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Es ist gut, dass wir bei diesen Anträgen zusammenfinden und deutlich machen: Das geht mit uns nicht. Ich habe festes Vertrauen in die Staatsregierung, dass wir, wenn wir durch die Berichtsanträge erkennen, in diesem Bereich sind noch finanzielle Mittel nötig, diese gemeinsam als Fraktionen, aber auch als Staatsregierung zur Verfügung stellen werden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das werde ich mit voller Kraft unterstützen. Ich weiß, dass das die Kollegen der Fraktion der FREIEN WÄHLER, der CSU-Fraktion und der Staatsregierung ebenfalls tun. Meine sehr verehrten

Damen und Herren, es wird dann diesbezüglich keinen Haushaltsvorbehalt geben, sondern wir werden mit voller finanzieller Kraft einsteigen und alles bekämpfen, was in dieser Republik mit Antisemitismus zu tun hat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Danke schön und noch mal Entschuldigung, dass ich Ihre Wortmeldung vorhin übersehen habe. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Die Fraktionen sind übereingekommen, dass über die Anträge gemeinsam abgestimmt werden soll. Zugrunde gelegt wird hier jeweils das Votum im federführenden Ausschuss für Wissenschaft und Kunst.

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion im federführenden Ausschuss einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der AfD und der SPD. Gegenstimmen? – Liegen nicht vor. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten. Das heißt: Diesen zwei Anträgen ist zugestimmt worden.

Bevor ich den Tagesordnungspunkt 10 aufrufe, gebe ich bekannt, dass die SPD-Fraktion um Absetzung der Tagesordnungspunkte 12 und 13 gebeten hat. Diese werden in einer der nächsten Plenarsitzungen aufgerufen.